

*Aufklärung, Prävention und konsequenter Gesetzesvollzug gegen
Alkoholmissbrauch - Jugendliche und Erwachsene in der Verantwortung -*

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es auch relativ kurz machen. Die Fakten und Ursachen, die Herr Riese und Herr Focke hier vorgetragen haben, werden ja von niemandem in diesem Hause wirklich infrage gestellt, schon gar nicht von der SPD-Fraktion, da Sie alle diese Fakten in unserem Antrag vom August vergangenen Jahres lesen können. Sie haben sie nicht nur lesen können - es geht ja noch weiter -, sondern Sie haben sie in großen Teilen in Ihrem Antrag übernommen oder - wie man auch sagen könnte - abgeschrieben.

Nun will ich Ihnen etwas zu dem sagen, was hier gerade kurz diskutiert worden ist, wenn es darum geht, ein solches Thema ernsthaft und zügig weiterzubringen, wie es Herr Focke und Herr Riese zum Ausdruck gebracht haben. Wir haben hier in der Tat im August 2009 einen Antrag eingebracht. Im Ausschuss ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass dieses Thema ganz ernsthaft beraten werden muss und man - wie das bisher bei dem Thema „Sucht“ fast immer üblich gewesen ist - doch bitte zu einer gemeinsam formulierten Beschlussempfehlung kommen sollte. Ich finde, das war eine gute Praxis. Der Antrag musste aber ständig von der Tagesordnung abgesetzt werden, Herr Riese, weil die Koalitionsfraktionen nicht in der Lage waren, sich zu einigen. Zwischenzeitlich ist in jeder zweiten bis dritten Ausschusssitzung die Bitte geäußert worden, die Beratung noch einmal zu verschieben. Im Interesse der Sache haben wir uns darauf eingelassen.

Der letzte große Versuch in dieser Richtung fand am vergangenen Mittwoch statt. Am vergangenen Dienstag hat mein Kollege Stefan Klein von Herrn Focke einen Antrag bekommen mit dem Hinweis: Der ist bei uns in der Fraktion noch nicht abgestimmt. - Am Mittwoch hat man sich dann darauf verständigt, das Thema noch einmal von der Tagesordnung abzusetzen, um zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Das ist schon in der Sache problematisch, weil wir völlig unnötig zehn Monate verloren haben. Aber was dann passiert ist, meine Damen und Herren, ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Sie erklären uns, mit uns einen gemeinsamen Antrag formulieren zu wollen. Dann erklären Sie am Mittwochvormittag, an einem gemeinsamen Änderungsantrag zu arbeiten, der noch in den Fraktionen abgestimmt werden muss. Wenige Stunden später erscheint dieser Ihr Antrag auf der Tagesordnung für die heutige Sitzung. Ich finde, viel dreister und viel unverschämter kann man miteinander nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN -
Heidmarie Mundlos [CDU]: Sie waren doch gar nicht in der
Ausschusssitzung!)

- Sie haben recht, Frau Mundlos, ich war nicht in der Ausschusssitzung. Aber Sie dürfen davon ausgehen, dass die Kollegen der SPD-Fraktion in der Lage sind, untereinander zu kommunizieren. Es wäre gut, wenn das bei Ihnen auch häufiger praktiziert würde.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Man war nicht in der Lage, einen SPD-Antrag zu einem gemeinsamen Änderungsantrag umzuformulieren, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Da geht man viel simpler vor: Man nimmt den SPD-Antrag, stellt ein paar Formulierungen um, lässt wichtige Forderungen weg und verkauft das Ganze heute als ganz dringlichen Antrag. Ich finde es absolut unseriös und dreist, was Sie sich hier erlauben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜ-NEN und bei der LINKEN)

Ich will Ihnen auch noch etwas zum Thema Geschwindigkeit sagen - Herr Riese ist da ja Experte. Mein Kollege Stefan Klein hat eine Vorlage von Ihnen bekommen, einen angeblich nicht autorisierten Änderungsantrag, und zwar mit folgender Überschrift: Änderungsvorschlag Ansgar Focke, überarbeitet R. Riese am 19. Februar 2010 um 17.50 Uhr.

Meine Damen und Herren, als die erwähnte Ausschusssitzung stattfand, war dieser Antrag schon seit zwei Monaten innerhalb der Koalition abgestimmt.

(Ansgar-Bernhard Focke [CDU]: Das stimmt nicht!)

Sie agieren hier in ganz dreister Form. Herr Focke, veräppeln können Sie mit diesem Umgang zukünftig andere. Sie machen jede sachliche Zusammenarbeit in diesem Ausschuss kaputt. Linken können Sie andere, uns nicht! Das können Sie sich für zukünftige Themen merken!

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie haben mit diesem Vorgehen eine alte Praxis verlassen, nämlich den Versuch, das Thema „Sucht“ im Niedersächsischen Landtag der Sache wegen einvernehmlich zu behandeln. Wir können das zukünftig auch anders diskutieren, wenn Sie dieses gemeinsame Vorgehen nicht mehr wollen. Seit Jahren frieren Sie im Niedersächsischen Landtag die Mittel zur Suchtprävention ein. Das führt faktisch aufgrund der steigenden Personal- und Sachkosten zu Reduzierungen. Sie lehnen jeden Antrag auf Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs in diesem Landtag ab. Sie lehnen jeden Antrag ab, der darauf ausgerichtet ist, dringend notwendige Präventionsarbeit in allen Schulformen Niedersachsens, nicht nur in der Hauptschule, umzusetzen. Sie machen öffentlich Werbung mit dem Bundesprojekt HaLT, sind aber bisher nicht gewillt und in der Lage, dieses landesweit auszudehnen. Sie feiern sich mit Alkoholtestkäufen - mal das Innenministerium, mal das Sozialministerium -, aber wenn es darum geht, die örtlichen Jugendämter gemeinsam mit der Polizei vor Ort zu unterstützen, dann schlagen Sie sich in die Büsche, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn es darum geht, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, um ein Mindestbußgeld von 1 500 Euro beim Verkauf von Alkohol an Kinder und Jugendliche einzuführen, sind Sie nicht bereit, klare Konsequenzen zu ziehen. Sie sind auch dagegen, eine effiziente und unabhängige Kontrolle bei Alkoholwerbung zu schaffen. Meine Damen und Herren, alle diese Forderungen stehen in unserem Antrag, den Sie seit Monaten nicht beraten konnten.

Sie müssen sich entscheiden: Entweder steht beim Thema Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen der konsequente Kinder- und Jugendschutz im Vordergrund oder aber die Gewinnerwartung der Alkoholindustrie.

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Also jetzt ist aber gut!)

Sie werden nicht beides miteinander verknüpfen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der LIN-KEN - Glocke des Präsidenten)

Abschließend sage ich Ihnen noch einmal: Wir haben acht Monate auf Ihren Änderungsantrag gewartet, weil Sie Interesse signalisiert haben, wie bisher bei einem solchen Thema einen gemeinsamen Antrag auf den Weg zu bringen. Das, was Sie gemacht haben, ist aber die übelste Form des Linkens untereinander. So ist eine sachliche Zusammenarbeit mit Ihnen nicht möglich. Ich bedauere das wirklich; denn hier geht es um die Sache. Aber so nicht! Profilierung können Sie an dieser Stelle von uns auch anders bekommen, meine Damen und Herren. Verlassen Sie sich darauf!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)